



Konrad
Adenauer
Stiftung

Mai 2009

Pressemonitoring türkischer Printmedien

Almanya Programm



DEUTSCHE INTEGRATIONSPOLITIK IM SPIEGEL TÜRKISCHER TAGESZEITUNGEN

1. Debatte zur Einbürgerung von Zugewanderten
2. Die Frage der „doppelten Staatsbürgerschaft“
3. Kommunalwahlrecht für Drittstaatler?
4. Keine allgemeine Visafreiheit
5. Bildungsprobleme unter Migranten
6. Kampf gegen Diskriminierung
7. EU-Beitritt der Türkei als Wahlkampfthema

1. Debatte zur Einbürgerung von Zugewanderten

Als ein besonderes Willkommenszeichen verlieh Bundeskanzlerin Angela Merkel am 12. Mai Einbürgerungsurkunden an 16 Neubürger. Kurz vor dem 60. Jahrestag der Gründung der Bundesrepublik würdigte sie damit den Beitrag der Zugewanderten zur Entwicklung Deutschlands. Mit Blick auf sinkende Einbürgerungszahlen äußerten türkischstämmige Politiker und Verbandsfunktionäre Kritik.

Am 12.05.2009 berichtet die **ZAMAN**, der Grünen-Vorsitzende Cem Özdemir halte die Aufforderung „Werden Sie deutsche Staatsbürger“, die Bundeskanzlerin Angela Merkel an hier lebende Ausländer richtet, für nicht aufrichtig. So lange man den Einbürgerungstest und das Verbot der doppelten Staatsbürgerschaft beibehalte, so Özdemir, werde die Zahl Eingebürgerten weiter abnehmen. Die **SABAH** und die **TÜRKIYE** kritisieren in ihrer Ausgabe am 13.05.2009 Merkels Aufruf zur Einbürgerung. Der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Kenan Kolat, forderte die Bundesregierung auf, das Staatsangehörigkeitsrecht umgehend zu reformieren. Als ersten Schritt solle die Bundesregierung das sogenannte Optionsmodell aufheben und die Hürden für die Einbürgerung senken.

„Großer Widerstand von Özdemir gegen Merkel“ titelt die **TÜRKIYE** am 14.05.2009. Die Zeitung berichtet über die Äußerungen des türkischstämmigen Grünen-Vorsitzenden Cem Özdemir zur Einbürgerungsfeier im Bundeskanzleramt. Mit ihrem Beharren auf dem Optionsmodell für in Deutschland geborene Kinder Sorge die Regierung dafür, dass diese in eine „Identitätskrise“ gestürzt würden. Deutschland müsse für hier geborene Kinder die Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft einräumen, wie es auch in anderen EU-Staaten üblich sei, fordert der Grünen-Politiker weiter. Neben Özdemir machten auch weitere türkischstämmige Politiker die Bundesregierung für den Rückgang der Einbürgerungszahlen verantwortlich.

Am 22.05.2009 berichtet die **SABAH** erneut über den Vorsitzenden der Grünen. Wenn die SPD es wolle, so Özdemir, könne das Staatsbürgerschaftsrecht geändert werden. Enttäuschend sei die Haltung der Sozialdemokraten: Während der Koalition mit den Unionsparteien habe die SPD „ihre Unterschrift unter Regelungen gesetzt, die die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft erschweren“.

2. Die Frage der „doppelten Staatsbürgerschaft“

Nach dem sogenannten Optionsmodell müssen sich Kinder ausländischer Eltern, die die deutsche Staatsbürgerschaft nach dem Geburtsortprinzip oder durch Einbürgerung erhalten haben, mit Beginn der Volljährigkeit und spätestens bis zur Vollendung des 23. Lebensjahres für eine Staatsangehörigkeit entscheiden. Türkische Medien diskutieren über das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht

Die **MILLIYET** titelt in ihrer Ausgabe vom 05.05.2009 „Laschet will über doppelte Staatsbürgerschaft diskutieren“. Angesichts der sinkenden Einbürgerungszahlen sei es richtig, alles Erdenkliche zu tun, um die Zahlen wieder steigen zu lassen. „Vielleicht müssen wir erneut darüber nachdenken, ob wir nicht über die doppelte Staatsbürgerschaft reden“, so Nordrhein-Westfalens Integrationsminister Armin Laschet (CDU) auf der diesjährigen Bundeskonferenz der Integrations- und Ausländerbeauftragten in Duisburg.

Ebenso berichtet die **SABAH** unter der Überschrift „Süssmuth für Doppelpass“ am 07.05.2009, dass die frühere Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth, die im Jahr 2000 im Auftrag der Bundesregierung die Zuwanderungskommission leitete, für ein „modernes Staatsbürgerrecht“ plädiere, das die Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft auch Menschen aus der Türkei eröffnet. „Wir haben damit im Jahre 1990 angefangen, aber unser Ziel noch nicht erreicht. Nicht nur EU-Bürger, sondern auch Drittstaatler sollen die Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft haben“. Süssmuth bedauere außerdem, dass „Migranten, die hier seit 30, 40 Jahren leben, noch immer kein kommunales Wahlrecht besitzen. Auch das ist ein Teil der Integration, der noch zu bearbeiten ist“.

Die **SABAH** titelt am 20.05.2009 noch einmal zu diesem Thema „Hessen: Doppelte Staatsbürgerschaft“. Ein erheblicher Teil der 2.973 Türken, die im letzten Jahr die deutsche Staatsbürgerschaft in Hessen angenommen haben, durfte die türkische Staatsangehörigkeit beibehalten, berichtet die Zeitung. So sei im Jahre 2008 bei 379 Türken die doppelte Staatsbürgerschaft von den hessischen Behörden anerkannt worden. Man gehe jedoch davon aus, dass der Großteil dieser Gruppe aus Minderjährigen bestünde, da Kinder und Jugendliche bis zur Volljährigkeit beide Staatsangehörigkeiten behalten dürfen. Spätestens bis zum 23. Lebensjahr müssen sie entscheiden, welchen Pass sie abgeben wollen.

Am 22.05.2009 berichtet die **ZAMAN** über einen Besuch von SPD-Chef Franz Müntefering bei der Zeitung. Nach Aussage Münteferings stehe das kommunale Wahlrecht für Migranten und die doppelte Staatsbürgerschaft wieder auf der Tagesordnung.

3. Kommunalwahlrecht für Drittstaatler?

Die Anträge der Fraktionen Die LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einführung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer aus nicht EU-Ländern wurden am 28.05.2009 mit den Stimmen aus CDU/CSU, SPD und FDP mehrheitlich abgelehnt.

Mit dem Vorwurf „Die SPD mit den zwei Gesichtern“ titelt die **MILLIYET** am 30.05.2009 und wirft der SPD, die fast geschlossen gegen die Anträge von Grünen und Linken gestimmt habe, Wortbruch vor. Die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für Nicht-EU-Bürger sei bereits im SPD-Wahlprogramm für diese Legislaturperiode enthalten gewesen, so **HÜRRIYET** am 30.05.2009. Es sei heuchlerisch, dass diese auf Wahlveranstaltungen für ein Wahlrecht auftrete, es aber gerade dann ablehne, wenn sich eine Lösung abzeichne.

Mit den Worten „Die SPD hat uns im Stich gelassen“ gibt die **HÜRRIYET** am 31.05.2009 die Kritik am Abstimmungsverhalten der SPD bei den Gesetzesentwürfen wieder. Der SPD wird als Unglaubwürdigkeit ausgelegt, dass sie in ihrem aktuellen Wahlkampf für Drittstaatler eintritt, aber im Bundestag dagegen stimmt. In der **TÜRKIYE** kritisiert Sevim Dagdelen, migrationspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, die Ablehnung des kommunalen Wahlrechts für Drittstaatsangehörige und spricht von Deutschland als einem Ausgrenzungsland: Die Entscheidung würde vier Millionen Menschen den Zugang zum demokratischen Entscheidungsprozess verwehren.

Der Vorsitzende der LAGA NRW, Tayfun Keltek (SPD) sucht am 02.06.2009 in der **ZAMAN** nach einer Erklärung für das ablehnende Stimmverhalten der SPD gegenüber der Einführung des Kommunalwahlrechts für Drittstaatsangehörige. Es sei nicht um eine Ablehnung des Kommunalwahlrechts gegangen, sondern um eine Ablehnung der Links-Partei, die den Antrag eingebracht hatte, so Keltek, und schiebt der Linkspartei den Schwarzen Peter zu.

4. Keine allgemeine Visafreiheit

Dürfen neben Lastwagenfahrern auch andere Berufsgruppen oder Touristen aus der Türkei visumfrei nach Deutschland einreisen? Das Soysal-Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom 18.02.2009 hatte die Frage eröffnet, ob türkische Staatsbürger zur „kurzfristigen Inanspruchnahme der Dienstleistungsfreiheit“ ohne Visum einreisen dürften. Die Bundesregierung verneinte eine entsprechende Bundestagsanfrage.

Die **SABAH** kritisiert am 19.05.2009 die neusten Entwicklungen zur Visum-Pflicht für türkische Staatsbürger in Deutschland. „Das Visum-Urteil nach deutscher Art. Es war einmal ein...“, titelt sie ihren Bericht. Denn bis zum Abschluss der Prüfung von Möglichkeiten einer praktikablen Umsetzung soll keine visumfreie Einreise erfolgen.

Am 25.05.2009 berichtet die **ZAMAN** über das Symposium: „Türken im Ausland: 50 Jahre Migration und Integration“ in der Türkei, die unter der Schirmherrschaft des türkischen Premiers, Recep Tayyip Erdogan, organisiert wurde. Dort sei auch über die Soysal-Entscheidung des EuGH gesprochen worden, aus der Visumserleichterungen für türkische Staatsbürger folgen. Der Europaabgeordnete Vural Öger habe gesagt, dass die Europäer Angst vor einem Ansturm türkischer Staatsbürger auf europäische Länder hätten und deshalb keine Erleichterungen in Visaangelegenheiten wollten. Zum selben Thema berichtet die **HÜRRIYET** ebenso wie die **TÜRKIYE** am 26.05.2009, dass laut dem Vorsitzenden der Grünen, Özdemir, die Visumpflicht nach den Wahlen aufgehoben werde. Demnach habe Özdemir behauptet, dass die Bundesregierung die Visumpflicht abschaffen will, sich aber aufgrund des befürchteten Widerstands nicht traut, dies vor den Bundestagswahlen zu tun.

Am 27.05.2009 titelt die **TÜRKIYE** „Gümrükcü: Das Ausländergesetz ist nicht rechtmäßig“. Professor Dr. Harun Gümrükcü, Dozent an der Universität Akdeniz in Antalya und Vorsitzender des Untersuchungsausschusses für Visafreiheit in Europa des türkischen Parlaments, lobte den Erlass des Bundesinnenministeriums vom 6. Mai zur Visaregelung für türkische Staatsbürger als einen wichtigen Schritt. Gümrükcü habe bei einer Veranstaltung des türkischen Generalkonsulats in Stuttgart erklärt, dass Deutschland die Visumpflicht eingeschränkt und zum Teil aufgehoben hätte. In der Praxis habe sich bisher aber nichts geändert, kriti-

siert Gümrükcü. Die deutschen Auslandsvertretungen hielten an der unrechtmäßigen Praxis fest. Gümrükcü betonte zudem, dass auch das deutsche Ausländergesetz unrechtmäßig sei. Laut **ZAMAN** kritisiert Gümrükcü auch die Europäische Kommission: Sie habe die Aufgabe die EU-Länder zur Durchführung des Urteils zu bewegen.

5. Bildungsprobleme unter Migranten

Das deutsche Bildungssystem benachteiligt nach Auffassung verschiedener Zeitungen Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund. Feststellbar seien Defizite im Schulsystem, beim Zivildienst und bei der Anerkennung von Schulabschlüssen und Diplomen aus Drittstaaten.

Am 19.05.2009 kritisiert die **SABAH** das Bildungssystem, das nicht für Jugendliche mit Migrationshintergrund geschaffen sei. Die Zeitung berichtet über ein Treffen von Hamburger Politikern der Linkspartei zum Thema Schulsystem. Unter dem deutschen Schulsystem hätten „am meisten Schüler mit Migrationshintergrund zu leiden“. Statt Kinder mit Migrationshintergrund auf Sonderschulen zu schicken, sollten für diese Extra-Sprachkurse angeboten werden.

Dagegen verkündet die **ZAMAN** am 25.05.2009 eine positive Neuerung an alle Zivildienstleistende: Künftig sollen Zivildienstleistende ein Abschlusszeugnis erhalten, mit dem sie sich bewerben oder die Zivildienstzeit auf die reguläre Ausbildungsdauer anrechnen lassen können. Insbesondere türkischstämmige Jugendliche würden von dieser Regelung profitieren, berichtet die Zeitung, weil diese den Zivildienst oft vorziehen.

Am 20.05.2009 titelt die **ZAMAN** „Wir sind in die Türkei ausgewandert“. Die Zeitung berichtet auf ihrer Titelseite von türkischstämmigen Akademikern, die in die Türkei zurückgekehrt sind. Die Enkelkinder, der in den 60er Jahren nach Deutschland eingewanderten Türken, seien auf dem Weg in ihre Heimat. Laut Statistiken steige insbesondere die Zahl der Akademiker, die Deutschland verlassen. Dabei betont eine Befragte, dass sie nicht zurückgekehrt sei, sondern ausgewandert.

Wie die **HÜRRIYET, MILLIYET, SABAH, TÜRKIYE** und **ZAMAN** am 27.05.2009 berichten, forderte Arbeitsminister Olaf Scholz einen einheitlichen Rechtsanspruch für Migranten auf Anerkennungsverfahren für Abschlüsse. Der Minister habe eingestanden, dass die Nicht-Anerkennung von Diplomen bei Migranten ein Skandal sei und angekündigt, „so schnell wie möglich einen entsprechenden Gesetzentwurf auf den Weg zu bringen“. Viele gut ausgebildete und diplomierte Migranten seien gezwungen, schlechte Jobs anzunehmen. „Diese Situation ist auf keinen Fall vertretbar“, so Scholz.

6. Kampf gegen Diskriminierung

In seinem 4. Deutschland-Bericht hat die Europarats-Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) unter anderem das deutsche Schulsystem und das Kopftuchverbot für Lehrerinnen kritisiert. Dem Bericht zufolge besteht in Deutschland die Tendenz, den Begriff Rassismus zu eng zu fassen und mit Rechtsextremismus gleichzusetzen. Die alltägliche Diskriminierung ethnischer und kultureller Minderheiten, etwa auf dem Wohnungsmarkt oder im Arbeitsleben, komme nicht angemessen in den Blick.

Am 27.05.2009 titelt die **ZAMAN** „Für Deutschland beschämender ECRI-Bericht liegt vor“. Laut **ZAMAN, HÜRRIYET** und **MILLIYET** habe der Europarat den Kampf gegen Rassismus in Deutschland als unzureichend bewertet. Die **ZAMAN** berichtet, dass Türken in Deutschland bei Miet- und Arbeitsangelegenheiten diskriminiert würden. Der Bericht hebt hervor, dass von den 2,7 Mio. in Deutschland lebenden Türken nur 1 Mio. die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen und die Türken somit die größte nicht-deutsche Gemeinschaft innerhalb Deutschlands bilden.

Am 28.05.2009 weist die **HÜRRIYET** auf die Ermahnung für Berlin hin. „EU mahnt: Diskriminiere die Zuwanderer nicht“, ist auf der Titelseite der Zeitung zu lesen. „Der Bericht der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) erklärt, dass Zuwanderer in Deutschland in allen Lebensbereichen diskriminiert werden und ermahnt Berlin“. Die **TÜRKIYE** schreibt dazu, dass „die

von der Bundesregierung in letzter Zeit angegangenen Reformen ungenügend geblieben“ seien.

7. EU-Beitritt der Türkei als Wahlkampfthema

Gemeinsam sprachen sich die deutsche Regierungschefin Angela Merkel und der französische Präsident Nicolas Sarkozy am 11. Mai in Berlin gegen eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU aus. Türkische Medien und Politiker kritisieren eine Anti-Türkei-Stimmung im Kontext des Europa-Wahlkampfes.

„Deutschland und Frankreich gegen EU-Beitritt der Türkei“: Die **SABAH** berichtet am 12.05.2009 über das Treffen von Bundeskanzlerin Angela Merkels mit Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy in Berlin. Merkel habe erneut Stellung gegen einen EU-Beitritt der Türkei bezogen, um bei den Wahlen zum Europäischen Parlament und den Bundestagswahlen die Stimmen der Türkeigegner zu bekommen, berichtet die Zeitung.

Am 13.05.09 titelt die **TÜRKIYE** „Deutschland und Frankreich gegen EU-Beitritt der Türkei“. Sowohl die deutsche Regierungschefin Angela Merkel als auch der französische Präsident Nicolas Sarkozy sprechen sich mittlerweile unmissverständlich gegen eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union aus: Die Türkei könne von der EU eine privilegierte Partnerschaft angeboten bekommen, eine Vollmitgliedschaft komme jedoch nicht in Frage. Daraufhin warnte ein hochrangiger Funktionsträger im türkischen Außenministerium, dass die Türkei keinen anderen Vorschlag akzeptieren werde als die volle EU-Mitgliedschaft: „Es ist nicht richtig, etwas anderes auf die Tagesordnung zu bringen, als die volle EU-Mitgliedschaft. Die EU soll ihre Versprechen halten.“

Am 13.05.09 unterstreicht die **MILLIYET** Aussagen des schwedischen Ministerpräsidenten Fredrik Reinfeldt, der im Juli die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen wird. Reinfeldt erklärte, dass die EU ihr Wort gegenüber der Türkei halten und ihre Verpflichtungen erfüllen wolle. Er wies darauf hin, dass die EU offen sei für die neuen Kandidaten, die die Kriterien von Kopenhagen akzeptieren und sich dementsprechend koordinieren. Ferner fügte er hinzu: „Ich bin der Meinung, dass wir unser Wort halten sollten. Aber so etwas ist nur möglich, falls die Kandidaten im EU-Beitrittsprozess die Reformen und Änderungen verwirklichen.“

Die **SABAH** titelt am 15.05.2009 „Polen befürwortet den Beitritt der Türkei zur EU“. Polen will während seiner EU-Präsidentschaft 2011 die Integration der Türkei in die europäische Gemeinschaft beschleunigen. Das erklärte Polens Regierungschef Donald Tusk am Donnerstag, nach Verhandlungen mit seinem türkischen Amtskollegen Recep Tayyip Erdogan in Warschau. Am selben Tag hatten Tusk und Erdogan einen Vertrag über die strategische Kooperation ihrer Länder unterzeichnet. "Warschau wird konsequent an den Verhandlungen mit den EU-Ländern teilnehmen und die Integration der Türkei in die EU unterstützen. Wir beide glauben, dass der Beitrittsprozess schnell zu Ende geht", sagte der polnische Regierungschef.

Am 21.05.2009 titelt die **MILLIYET** „Schock für die Türkei“. Während der EU-Ratspräsidentschaft Tschechiens werde die Türkei nicht wie geplant zwei weitere Verhandlungskapitel auf dem Weg zu einer EU-Vollmitgliedschaft aufschlagen können. Die Milliyet, die darüber ganzseitig berichtet, gibt als Grund teilweise die zu langsamen Fortschritte der Türkei bei den Reformen und den vereinzelt auftretenden Terminschwierigkeiten an.

Am 22.05.2009 kritisiert die **ZAMAN** den Besuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel in Frankfurt. Die Zeitung titelt „Merkel, die einen EU-Beitritt der Türkei ablehnt, findet keine Zuhörer“. Obwohl ihr Besuch in Frankfurt Tage zuvor angekündigt worden war, hätten die Frankfurter nicht die erwartete Teilnahme an Merkels Besuch gezeigt. Merkel sprach sich vor den Wahlen zum Europaparlament in Frankfurt erneut gegen einen EU-Beitritt der Türkei aus.

Die **HÜRRIYET** berichtet am 23.05.2009 über die Anti-Türkei-Stimmung im Europa-Wahlkampf, die besonders in den großen EU-Mitgliedsstaaten wie Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien zu spüren sei. Die grundsätzlich ablehnende Haltung in diesen Ländern würde besonders die rechtsradikalen Parteien dazu anregen, einen noch schärferen Ton anzuschlagen. So fordern die Republikaner in Deutschland ein Europa ohne die Türkei und zeichnen das Bild eines aufkommenden "Eurabiens".

„Leoprechting: Den EU-Beitritt der Türkei abzulehnen ist idiotisch“ titelt die **SABAH** am 27.05.2009: Der Präsident der Türkisch-Deutschen Industrie- und Handelskammer, Dr. Rainhardt Freiherr von Leoprechting, kritisiere die Ablehnung eines EU-Beitritts der Türkei scharf und bezeichne diesen Schritt laut **SABAH** und **TÜRKIYE** als „idiotisch“.

Am 27.05.2009 berichtet das Blatt **HABERTÜRK** mit der Schlagzeile „Schweden erteilt der EU eine Türkei-Lehre“. Der schwedische Außenminister Carl Bildt habe demzufolge erklärt, dass „die Mitgliedschaft der Türkei für die EU von strategischer Bedeutung“ sei. Schweden werde die armenischen Behauptungen über einen Völkermord nicht anerkennen. Über historische Ereignisse zu entscheiden sei nicht die Aufgabe von Politikern. Die EU benötige die Türkei, um auf der Welt den Ton angeben zu können“.